

Sächsische Volkszeitung

Bereitspreis: Wochentäglich freie Haft Ausgabe A mit illustriertem Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M.
einzelhaftlich Postbeleg 10 Pf.

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Angeleinte Ressorten von Geschäftsbürgern bis 10 Uhr, von Familienangehörigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeit-Blätter aller Arten 1.40 M. im Reformteil 3.50 M. — Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch Herausgeber aufgegebene Anzeigen kann wie die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen

Jersinn

Aus München traf am Freitag abend die Nachricht ein, daß der unabhängige Landtagsabgeordnete Gareis in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag, als er sich von einer Versammlung nach Hause begab, mächtig ermordet worden ist.

Der politische Mord ist nicht etwa nur eine der verworfenen Folgerungen revolutionärer Erstürmerungen. Auch in Zeiten der Staatsruhe und Staatsstabilität haben verhehlte und irregelmäßige Fanatiker zu jenem entarteten Mittel der Gewalttat greifenden, durch das sie glaubten, in politischen Brennpunkten stehen und von der politischen Brandung umtoste Menschen aus dem Wege räumen zu müssen. Niemals sind sie dadurch „Verehrer“ geworden, ihre Tat hat fast durchweg die politische Erregung und Bewirrung nur bis zum Überzischen zu steigern vermocht, wenn an sich die Zeiten so waren, daß die politischen Wellen hochschlugen, aber aber ihre Tat hat als Vorboten drohender Ereignisse erst die politischen Unruhen hervorgerufen und geschaffen. Der Mord aus politischen Motiven ist darum nicht nur aus Gründen der Moral, Gesetzmäßigkeit und staatlichen Rechtsordnung verwerflich, sondern in der gleichen Stärke deshalb, weil er stets zu den großen Taten gehört, zu denen sich politischer Fanatismus überhaupt hinzieht. Nur unreife Burschen, gesetzte Kreaturen, oder aber von politischer Leidenschaft völlig geblendet Fanatiker können sich zum Handlanger solcher verbrecherischer Taten herabwürdigen. Es muß beispielweise der rechtgerichteten Presse nichts, wenn sie damals die Tat des Grafen Arco, dem Kurt Eisner zum Opfer fiel, zu beschönigen versuchte, indem sie ihm die bona fides zusprach, eine rettende Tat für sein Land vollbracht zu haben. Auch Graf Arco gehört in die Reihe derjenigen, die sich eines schändlichen und straflichen Verbrechens schuldig machen. Denn Mord heißt Mord. Aber auch diejenigen, die wähnen, unterdrückt zu sein, haben niemals das Recht, zum politischen Mord zu greifen, wenn nicht alle Grundfesten von göttlichem und menschlichem Recht und staatlicher Ordnung ins Wanken kommen sollen.

Es gibt darum nach unserer Auffassung keine gerechtfertigte Selbstbefreiung. Denn der Appell an die Waffe von Seiten des Einzelnen oder auch der Masse ist in jedem Falle ein Verbrechen. Darum ist es für uns auch selbstverständlich, daß wir die zuköpfte Tat, der nunmehr der unabhängige Landtagsabgeordnete Gareis, der Führer der USPD. in München, zum Mord gefallen ist, aufs allerhärteste verurteilen. Alle Hebel müssen angezettelt werden, um den Mörder zu finden und ihn der gerechten Strafe zu überlassen. Denn wenn einer seine politische Meinung nicht mehr frei äußern darf, ohne daß er befürchten muß, mächtig angefallen zu werden — man erinnere sich an den nur wenigen Tage zurückliegenden Fall des mehrheitssozialistischen Landtagsabgeordneten Saenger — oder einem Attentat zum Opfer zu fallen, so ist das ein Zustand, der dadurch beendet werden muß, daß keine Strafe hart genug ist für diejenigen, die verbündet genug sind, ins politische Leben die Waffen hineinzutragen, und die sich dessen in ihrer Verirrung vielleicht noch zu rühmen wagen. Eins aber machen wir nicht mit und lehnen es in aller Entschiedenheit ab, die Tat zum Ausgangspunkt einer erregten politischen Auseinandersetzung zu machen, wie dies beispielweise von den Blättern der Rechten und Linken jetzt geschieht. Die Presse der Rechtsstadt ist voll davon. Die Rechte schreibt jetzt die Schuld auf die Linke, die Linke auf die Rechte. Der Haß unter den Widerschein lohnt wieder auf und beweist, wie er unter der Decke weiter glimmt und weiter schwelt. Dieser Mord bedeutet von neuem eine Vergiftung der politischen Atmosphäre. So viel ist klar: Wir verstehen die furchtbare Erregung, die sich der Freunde des Abgeordneten Gareis bemächtigt hat, wie bestehen ihre strikte Zuordnung nach resoluter Auflösung des Verbrechens und strengster Aburteilung des Mörders — wie billig dies, aber daß eine glauben wie mit vollem Rechte hinzufügen zu müssen: Es geht nicht an, diese Hubertat zu verallgemeinern, indem man auf der radikalen Linke das gesamte Bürgertum damit belasten will. Wir verabscheuen diese Tat, wollen uns aber dafür halten, die politischen Leidenschaften aufrechtzuhalten, die ohnehin in unseren Tagen groß genug sind. Wir nehmen diese Stellung mit um so stärkerer Berechtigung ein, als über der Tat und über den Kreisen, in denen der Mörder zu suchen ist, nach völliges Dunkel ruht.

Justizreform

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Von sozialdemokratischer Seite wird immer wieder der Vorwurf erhoben, daß unsere heilige Justiz eine Klassenjustiz sei. Manches Urteil mag ja für den einen oder anderen Klassen sicherlich die subjektive Meinung des Richters und Staatsanwaltes mit durchdringen, das ist menschlich. Aber trotzdem müssen wir immer wieder erneut gerade unsern Richterstand gegen den Vorwurf verteidigen, einfache Klassenjustiz zu üben. Es ist nicht immer leicht, die bestehenden Gesetze mit dem Leben in Einklang zu bringen. Dann dafür ist unsere Zeit zu schnellig, als daß die

Gesetzgebungsmachine mit ihr im Gleichtakt bleiben kann. Das vieler reformbedürftig ist, sowohl in der Ausbildung der Richter als auch in der Straf- und Zivilgesetzgebung, muß ohne weiteres angedeutet werden. Aber man muß sich doch darüber hüten, die Schuld einseitig dem Richterstande zuzuschreiben. Und es ist ein immerhin gewagtes Experiment, mit solchen Vorwürfen die Autorität des Richterstands zu untergraben und im Volke selbst Misstrauen und Unmut gegen Richter und Urteil hervorzurufen. Das mag für gewisse politische Agitationen ein gefundenes Fressen sein, ist aber auf der anderen Seite ein furchtbareßes Gift, das schließlich im Volkskörper wirken muß und dessen Folgen schließlich wieder das ganze Volk an seinem eigenen Leibe versprühen wird. Dem hat auch ein Antrag der Deutschen Unionen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokraten im preußischen Landtag Rechnung getragen, daß das Staatsministerium erachtete, daß die Sorge zu tragen, daß alle Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen Richter oder gegen richterliche Handlungen erhoben werden, durch das Justizministerium sofort einer Nachprüfung in der Richtung unterzogen werden, ob die in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen den Tatsachen entsprechen, sowie daß die Öffentlichkeit stets mit größter Geschleunigung über den wahrszenen Zustand aufgeklärt wird". Wenn Demokraten und Sozialdemokraten darüber hinaus beantragen, den Justizminister aufzufordern, einen Plan auszuarbeiten, nach welchem berwirkt, befähigte und praktisch erfahrene Personen aus allen Kreisen des Volkes durch Ablegung der Gerichtsabschlußprüfung die Befähigung zum Richteramt erlangen können, obwohl sie den bisher vorgeschriebenen akademischen Ausbildungsnachrichten nicht durchgemacht haben, so möchten wir doch vor so weitgehenden Plänen warnen. Das Votum kommt in den verschiedenen Zusammensetzungen des Gerichtes, wie Schwurgericht, Schöffengericht, Gewerbezettel, Kaufmannsgericht usw. schon in weitgehendstem Maße zu seinem Rechte und gerade bei den ersten zwei Sitzungen hat es sich häufig gezeigt, daß abweichend von der objektiven Auslegung des Gesetzes durch den Richter und den akademisch gebildeten Juristen Schöfften und Geschworene zu baulichen Ergebnissen kamen. Und wenn schon einmal die bishergige Praxis durchbrochen wird, wenn also, wie der „Vorwärts“ offen fordert, befähigte Arbeitersetzteile zu Richtern aufzuladen sollen, so bleibt es für die Dauer schwer, hier die richtige Grenze zu markieren. Auch sollte zum Richter aufgerichtete Arbeitersetzteile werden sich von einseitigen Urteilen nie ganz freihalten können und dies vielleicht noch weniger, wieder akademisch vorgebildete Richter, weil ihnen die geistige Durchbildung, die zu einer objektiven Beurteilung erst die feste Unterlage gibt, gänzlich entgangen. Wenn die Demokraten einen solchen Antrag unterstützen, dann sollten sie sich doch sehr überlegen, ob es nicht noch andere Wege gibt, um Mängeln in der Rechtsprechung und einseitigen Urteilen beizukommen.

Reichsfinanzminister a. D. Erzberger nimmt Stellung zu dem Kardinalbrief

Eine plumpre Fälschung.

Im Kampf gegen meine Person ist den Gegnern jedes Mittel recht. Neben dem Altenbüchstaben wird jetzt mit dem Mittel einer plumpen Fälschung gearbeitet, auf die leider auch Zentralblätter hereingefallen sind. Ausgerechnet der katholisch-freidliche „Reichsbote“ hat nämlich einen angeblichen Briefwechsel zwischen dem verstorbenen Kardinal Hartmann und einem nicht-namigen Münchener Prälaten vom Oktober 1917 veröffentlicht, in welchem sich beide Herren schrift gegen meine Friedensfähigkeit ausgesprochen haben sollen und manche Wörter nennen gar Antonius Vacelli als Abrechnen, obwohl der erfundene Briefwechsel selbst klar sagt, daß der Antonius nicht der Empfänger sein kann. Ich kann natürlich nicht jeden Brief, den Kardinal Hartmann geschrieben hat, aber so viel ist sicher, daß der ihm zugeschriebene Brief vom Oktober 1917 eine Fälschung sein muß und zwar aus inneren Gründen.

1.) Eminenz Hartmann soll im Oktober 1917 geschrieben haben, daß ich mich bemühe, „auf eigene Faust Kreise des hl. Stuhls zur Stellungnahme mit Paris und London zu bestimmen, um einen Frieden in die Wege zu leiten.“ Schön aus dieser einen Behauptung ergibt sich die Fälschung des Briefes, denn im Oktober 1917 habe ich mich nicht in dieser Richtung bemüht, auch nicht bemühen können, weil ich und alle Eingeweihten wußten, daß infolge der „wenig befriedigenden Antwort der deutschen Regierung“ — so hat es der Observatore Romano schriftlich festgestellt — vatikanische Friedensbemühungen in Paris und London gar nicht mehr nützen könnten. Ich habe fernher Eminenz Hartmann niemals um Unterstützung solcher nicht vorhandenen Bemühungen erucht. Der Kardinal konnte also gar nicht diesen Satz schreiben.

2.) Kardinal Hartmann soll weiter geschrieben haben: „Ich will mit Herrn Erzberger persönlich nichts zu tun haben.“ Tatsache ist, daß ich eine ganze Reihe von Briefen des verstorbenen Kardinals von 1914—1919 besitze, die das strikte Gegenteil beweisen und mir warme Dank für meine Tätigkeit ausdrücken. Tatsache ist, daß ich auf persönlichen Vorschlag des Kardinals zum Ehrenmitglied des Vereins vom heiligen Land, dessen Vorsitzender der Herr Kardinal war, ernannt worden bin. Mehr braucht vorerst nicht gesagt zu werden, um den Schwindel klarzutun; denn ich habe während des ganzen Krieges mit keinem Münchener Prälaten politische Beziehungen unterhalten und keiner hat mir gegenüber solche Neuerungen getan. Ebenso erstanden ist der Satz, daß dieser unbekannte und ungenannte Prälat mit seiner Ansicht zum Bestandszusammenbruch zu bringen suchen werde; und daß er mich „scharf im Auge behalten“ werde; auch das ist nie-

geschehen. Der ganze Briefwechsel ist ein Sammelsurium deutsch-nationaler Lügen und Hepe gegen meine Person — geleitet in die Form eines freierfindenden Briefwechsels. Vielleicht trifft der „Reichsbote“ noch selber mit, wenn er sieht, daß genau Zeute darauf hereingefallen sind. Begierig darf man sein, was dann an die Reihe kommt.

Montag, 13. Juni 1921

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, H. 16, Holbeinstraße 48

geschehen. Der ganze Briefwechsel ist ein Sammelsurium deutsch-nationaler Lügen und Hepe gegen meine Person — geleitet in die Form eines freierfindenden Briefwechsels. Vielleicht trifft der „Reichsbote“ noch selber mit, wenn er sieht, daß genau Zeute darauf hereingefallen sind. Begierig darf man sein, was dann an die Reihe kommt.

Erzberger, Reichsfinanzminister a. D.

Eine recht eigenartige, aber Erfolg versprechende Taktik beobachtet in neuerer Zeit die Gegner des Politikers Erzberger. Der „Reichsbote“, das sattsam bekannte kulturlämpferische Organ früherer Tage wartet seinen Feind und allen austrocknenden Erzbergergegnern mit Briefen auf, die von Anrempelungen gegen Erzberger stören und die offenkundige Tendenz verfolgen, den katholischen „Sozialdemokraten“ Erzberger in Gegensatz zu den geistlichen Würdeträgern zu bringen. Dabei wird vorsichtig vermieden, irgendwie Angaben zu machen, die eine eventuelle Nachprüfung des Briefwechsels ermöglichen. Erfreulicherweise beginnt der angebliche Briefwechsel im Zentrumskreis einem sehr gerechtfertigten, an völlig Absehung grenzenden Misstrauen. Zugewichen hat sich der Pseudo-Brieftischreiber in seinem blinden Fanatismus trotz manchmal hervorragend angewandter Weisheit das eigene Grab geschaffen. Der vom Reichsboten veröffentlichte Brief des Kardinals von Bettingen trägt nämlich das Datum des 12. Dezember 1917. Dem entgegen kann sich jeder Interessent überzeugen — das Handbuch des Jesuitenpäters Kroß gibt darüber Aufschluß — daß Kardinal von Bettingen bereits am 12. April 1917 gestorben ist. Am 26. des darauf folgenden Monats war bereits der jetzige Kardinal von Gaubhaber Erzbischof von München. Weder einmal bewahrt sich das Sprichwort: „Lügen haben kurze Beine“, hoffentlich aber auch das andere: „Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.“ Was von dem eben erwähnten und bereits nachgewiesenenmaßen gefälschten Brief des Kardinals von Bettingen gilt, gilt auch auf den in derselben Nummer des „Reichsboten“ zum Absatz gelangten Brief eines angeblichen Jesuitenpäters S. Auf eine Anfrage teilt der Herr Reichsminister a. D. Erzberger mit, daß ihm ein Jesuitenpater S. mit dem er in dem angeblich sehr intimen Briefwechsel seie, überhaupt nicht bekannt sei.

Ein objektives Urteil über Erzbergers Tätigkeit findet sich in dem Buch des Deutschnationalen Dr. Spindler-Magel über West-Böhmen. Dieses Urteil ist mit großer Weitwirkung angesichts der sonst üblichen Hepe in diesen Kreisen!

Durch Völker selbst schreibt am 31. März 1918 an Kaiser-Mann aus Rom: „Erzberger, der einige Tage hier war, hat die Wichtigkeit der Neutralität Italiens sofort erkannt. Er hat ein großes Verdienst daran, daß man sich endlich in Berlin über die bissige Lage hier wurde und zu der längst erforderlichen Einwirkung auf Wien entschloß“. (S. 199).

Aus eigenem erklärt Dr. Spindler-Magel (Seite 29) über Erzbergers Tätigkeit in Rom: „Der sogenannte Zentrumsdeutschland hat sich seiner Aufgabe in Rom in einer Weise angenommen, die auch der politische Gegner auersehen muß. Erzberger hat sich, als er im Frühjahr 1915 decimal mit Zustimmung des Herrn von Bismarck in Rom anzetteln läßt, jedem politischen Wille gegeben, seine nationalen Beziehungen der deutschen Sache einzufügen zu machen. Er hat zur Zeit der romischen Mission möglichste Dienste geleistet“. Auch der deutsche Militärrat von Schweinfurt bestätigt in dem Bericht an den Generalstab, daß Erzberger „loyal und mit erheblichen Zeiterfolgen für die Völker-Politik gewirkt“ hat.

Zum 70. Geburtstag des Verlegers Lambert Lensing

Das Jahr 1921 gehört den allbewährten Künstlerproblemen. Ohne feierte seinen 70. Geb.stag. Später blieb auf 75 Lebensjahre zurück. Nunmehr besteht in geistiger und körperlicher Freiheit ein anderer Triumvir der Zentralblätter den Ehrentag seines 70. Geburtstages, ein Mann, der selbst Zentralblattsgeschichte bedeutet und der sich momentan in der Geschichte des Zentralpressen ein Denkmal, dauernd als Leg erichtet hat. Lambert Lensing ist am 14. Juni 1851 zu Emmerich am Rhein geboren. Dort erlernte er nach einem dem Betrieb der Schuhmühle in den Jahren 1871/72 in der Nachbarschaft seines Bruders Heinrich Lensing das Buchdruckerhandwerk. Diese Tätigkeit unterbrach er im Jahre 1872, um als Einzelhandelsfreiwilliger bei der Feldartillerie in Wesel seiner vaterländischen Pflicht Genüge zu tun. Gemeinsam mit seinem Bruder Heinrich gründete er unter der Firma Brüder Lensing Dorfmühle, eine Buchdruckerei und ließ Weihnachten 1875 die erste Freibonnement der Zeitung „Zemontia“ erscheinen. Sie fand rasch weite Verbreitung und steht seit Jahrzehnten unter den führenden Zentralblättern in vorderster Reihe. Unentwegt hat sie die Devise des Zentrums hinausgetragen in alle ihre erreichbaren Gau. Die Devise für Wahrheit, Freiheit und Recht.

Lambert Lensings Tätigkeit aber blieb nicht nur auf seinem ihm eigenen Arbeitsgebiete beschränkt, nein, auch in der breitesten öffentlichen Wirklichkeit wirkte er erfolgreich für die Sache des Zentrums. Schon früh errang er sich durch seine Tätigkeit als Redakteur und Organisator einen Namen in der Zentralpartei. Eine führende Rolle spielt Lambert Lensing im Jahre 1889 in der großen Bergarbeiterbewegung, in deren Verlauf es infolge seines Buches „Der Bergarbeiterkrieg des Jahres 1889“ zwischen ihm und der Bergbehörde zu einem schweren Konflikt kam. Schweres Opfer hat dann auch Lambert Lensing als Leiter und Verleger seines Blattes in den Zeiten des Kulturkampfes für seine Überzeugung bringen müssen und er hat diese Opfer, wie fast alle seine damaligen Kollegen, im Vertrauen auf die gute und gerechte Sache gern und fröhlig getragen. Im Jahre 1891 wurde er zum Stadtverordneten gewählt. Seit dieser Zeit gehörte er — mit einer kurzen Unterbrechung von zwei Jahren — dem Stadtverordnetenkollegium von Dortmund alsständiges Mitglied an; gegenwärtig bekleidet er die Stelle des Vorsitzenden im Stadtparlament Dortmund.

Auch im katholischen Vereinsleben hat sich Lambert Lenzing eühnlich hervorgetan. Es ist noch bekannt, wie er im Jahre 1880 aus Anlaß des damaligen Dortmund Katholikentages die zu einem Verband vereinigten katholischen Vereine Dortmunds in einem großen Festzuge zur Eröffnung des Festtages persönlich durch die Straßen der Stadt leitete. Diesen Verlauf hatte er selbst im Jahre 1880 gegründet und ist noch heute Vorsitzender desselben. Die umfassende Tätigkeit, die sich Lambert Lenzing mit nur auf seinem Arbeitsgebiete, nicht nur im Zeitungswesen, sondern auch im katholischen Vereinsleben und im Leben der Partei mit großer Liebe und Hingabe, mit Energie und Heldentum gewidmet hat, hat ihn weit hinaus über den Kreis seiner Vaterstadt. Sein Name steht einschließlich in der Geschichte des Zentrums und es ist nur zu füllbarverständlich, daß auch heute noch Lambert Lenzing, trotz seines hohen Alters, eine frische und elastische Persönlichkeit, kräftig an den Geschehen der Partei mitarbeitet und seine persönlichen Erfahrungen in den Dienst der Zentrumsache stellt. Zu Recht er in der Provinzialorganisation der Zentrumspartei Westfalens mit an leitender Stelle, er ist Mitglied des Bundesausschusses, Reichsausschusses und Reichsparteivorstandes des Zentrums, er ist Provinzialabgeordneter und Vorsitzender der Zentrumspartei in Dortmund. Er ist zweiter Vorsitzender der kommunalpolitischen Vereinigung und seit dem Tode Dr. Hüppens im Jahre 1912 erster Vorsitzender des Augustinusvereins für die katholische Presse. An seiner lebhafte Eigenschaft fehlt er auch heute noch keine ganze Kraft ein, um die Aufwärtsbewegung der katholischen und der Zentrumsprese erfolgreich zu fördern. Was eines Mannes Willenskraft und Arbeitsbereitschaft zu leisten vermag, das zeigt so recht das Leben dieses Auktoris, der auch heute noch beweist ist, trotz seines hohen Alters unter den ersten für große und vielseitige Aufklärung zu wirken. Die Partei, die Fraktionen, sein engerer und weiterer Freundeskreis und vor allem die Zentrumsprese wird dieses seligen Mannes an seinem Ehrenlage mit Stolz und mit Dankbarkeit gebeten.

Gegen die rheinischen Selbständigkeitstreibungen.

Köln, 11. Juni. Den Schreinrauen des Rheinlandes nach größter Selbständigkeit im Rahmen des Deutschen Reiches, entsprechend der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bedeutung des Rheinlandes, soll bestimmt durch Art 18 der Reichsverfassung Räsonnung entgegen werden. In den Kreisen der rheinischen Politiker, die in diesem Falle sicherlich die Mehrheit des rheinischen Volkes vertreten, war man nun auf Grund der ehrlichen französischen Propaganda auf Abtrennung des Rheinlandes von Preußen und Deutschland zu der Neuerung gekommen, wenn eine Abstimmung über die Selbständigkeit der Rheinprovinz vorsteh unterbliebe, daß dies dem deutschen Einheitsgebanen förderlicher und dienlicher sei. Der Eindruck, als bestände im Rheinland der Wunsch, sich von Deutschland unabhängig zu machen, könnte der französischen Propaganda, rein äußerlich genommen, eine gewisse Berechtigung geben. Darum haben die Demokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Deutschnationalen sowie die sozialistischen Parteien des Rheinlandes folgende in Abstimmung in gemeinschaftlicher Tagung am 9. Juni gefassten Erklärung zu veröffentlichen beschlossen: Wir erklären in Übereinstimmung mit der von unseren Parteivertretern im rheinischen Provinziallandtag eingenommenen Stellung, daß für die Dauer der Besetzung des rheinischen Gebietes jede Abstimmung auf Grund des Art. 18 der Reichsverfassung, auch noch Ablauf des Art. 167 vorgesehenen Sperrfrist im Rheinlande nicht stattfinden darf. Wir erwarten, daß auch in anderen Landesteilen mit Rücksicht auf die Lage des besetzten Gebietes Abstimmungsbestrebungen bis zu diesem Zeitpunkte ruhen, wenn nicht überhaupt die Sperrfrist auf gegebenem Wege verlängert wird.

Die pfälzische Industrie unter den Sanktionen

Ludwigshafen, 12. Juni. Die fortgesetzten Klagen über schlechten Geschäftsgang infolge des immer drückender werdenden Rheingrenzzolls häuteten sich von Tag zu Tag. Ganz besonders sind die Textilbranchen und die Papierindustrie sowie die verwandten Branchen hart betroffen. Aber auch andere Industrien der Pfalz haben schwer zu leiden. So beispielsweise auch die Tonindustrie der Grünländer Gegend, die Ziegel- und Dachsteinfabriken u. a. m. In der letzten Zeit werden auch das Transportwesen, die Speditionsbetriebe zu Wasser und zu Lande hart betroffen. Einzelne Betriebe müssen schließen, andere werden sicherlich folgen. Unter diesen Umständen ist mit großen Arbeitsentlassungen durch die Schließung von vielen Betrieben zu rechnen. Der entstehende Schaden, der nicht wieder gutzumachen ist, greift tie in das pfälzische Wirtschaftsleben ein.

Französische Vorbehalte für das Zusammenarbeiten mit England

London, 11. Juni. Die "Times" berichtet, daß die französische Regierung jetzt auf das Erstehen der britischen Regierung, sich England anzuschließen, und die alliierten Militärbeschließbänder (die französischen und die italienischen) zu ermächtigen, ihre Truppen wo und wann das für notwendig befunden wort, gegen die polnischen Ins-

surgenten einzuziehen, geantwortet hat. Die französische Regierung erklärt, daß General Bertrand Weizsäcker erhalten habe, mit den Engländern und den Italienern zusammenzuwirken, sie mache jedoch gewisse Vorbehalte.

Die Annäherung an Deutschland

London, 12. Juni. "Observer" schreibt zur Rede Churchill's in Manchester, kein vernünftiger Mensch wolle, daß sich England und Frankreich entfremden, um Deutschland zu verschonen. Es gebe eine größere Politik, nichts anderes läne die alte Welt wieder in Ordnung bringen als die Zusammenarbeit Englands, Frankreichs und Deutschlands. Das Blatt besagt, daß die Stellung der französischen Presse zur Rede Churchill's nicht feindselig gewesen sei, und erklärt, daß man sich in Frankreich schon seit Wochen mit der Frage einer Annäherung an Deutschland beschäftigt. Die Franzosen begannen einzusehen, daß dies der wahre Ausweg sei und daß kein anderer Ausweg bestehe. Dem Observer zufolge sei nicht daran zu zweifeln, daß Churchill in seiner großen Rede die unvermeidliche Linie angezeigt hat, auf der sich die klügste englische Politik bewegen wird.

Der Aktionsplan der Interalliierten Kommission

London, 11. Juni. Die "Times" meldet aus Oppeln, daß die Interalliierte Kommission einen Aktionsplan entworfen habe, der sofort zur Anwendung kommen soll. Die deutschen Streitkräfte, die sich südlich von Gleiwitz befinden, sollen sich von der Ober- zur unteren Oder hinüber und die Polen bis zu der Grenze zurückziehen, die die Distrikte Rypin und Ratibor von einander trennt. Die Deutschen und die Polen sollen ihren Rückzug in den beiden entgegengesetzten Richtungen verfolgen, bis die neutralen Zone von beiden Armeen vollkommen geräumt sei wird.

Die "Times" führt noch die Tatsache an, daß höchstens ein Unteroffizier der englischen Garde von einem Unbekannten getötet worden sei. Damit hätten die englischen Streitkräfte in Oberschlesien den ersten Verlust zu beklagen. — In englischen diplomatischen Kreisen erklärt man, General Hennerici sollte alle Vollmachten entzogen sein, um die polnischen Insurgenten aus gewissen Gebieten zu vertreiben, die sie sich noch weigern, zu verlassen. Notfalls würden auch neue englische Verbündungen nach Oberschlesien einzahnden werden.

Die Not in Rattowitz

Breslau, 11. Juni. Die Lebensmittelnot in Rattowitz beginnt katastrophal zu werden. Die vorhandenes Getreide reicht vielleicht noch 14 Tage. Vollkommen fehlen bereits Kartoffeln, frisches Fleisch, sowie Getreide und alle Arten des täglichen Bedarfs. Anderehandes Mitteigen, daß vor dem Ausland im Restaurant 7,50 Mk. kostete, ist jetzt unter 28 Mk. nicht mehr zu haben. Die Wasserversorgung trockt nur noch. Das Wasser wird dann mühsam gesammelt, reicht aber nicht im entferntesten für den täglichen Bedarf.

Geschläge und Minenwerfer gegen Rattowitz

Rattowitz, 11. Juni. Im Südpark sind von den Ausländern, wie erwähnt, festgestellt werden konnte, mehrere Geschütze und Minenwerfer aufgebaut worden. Das Ausheben von Schüttengräben im Südpark dauert an. Im Stadtteil Ratzschbach steht ein Panzerauto, das nach allen Seiten hin den Panzerausbau macht. In der Uniform der örtlichen Pia haben Banditen in der letzten Nacht die Einbrüche und Plünderungen bei den Geschäftsstätten und Bürgern fortgesetzt. Die Insurgenter erheben die Geburte nach dem neuen verletzten Zarist; seit vorgestern werden auch Monatskarten ausgetragen.

In den Städten und Dörfern des von den Insurgenter besetzten Gebietes werden die Bewohner durch Androhung schwerer Strafen gezwungen, die polnische weiß-rote Flagge zu hissen. Sind die Sironen dann geflaggt, so erschlagen Photo-gruppen, um Aufnahmen zu machen, die den Ausländern, der Interalliierten Kommission und den neutralen Pressevertretern als Beweis für die politische Gestaltung Oberschlesiens dienen sollen. So prangen Biarmopäne und Raientje seit dem letzten Lazos in den meiste Häusern. Beide Orte haben bei der Abstimmung eine große deutsche Mehrheit ergeben.

Erneute Beschiebung Ratisbors

Berlin, 12. Juni. Die Polen haben die Stellungen bei Ratisbor nicht geräumt. Plania bei Ratisbor wurde im Laufe des Tages mit Artillerie stark beschossen. Der entstandene Schaden ist noch nicht festgestellt. Bzawo wurde heute von den Franzosen besetzt. Zugleich werden die Deutschen weiter mit Maschinengewehren aus dem Walde südöstlich Ratisbor und nördlich und südlich Bzawo beschossen. Zwischen Ratisbor und Medebütz möchten die Polen einen starken Feuerüberfall mit Maschinengewehren und Infanterie. Die Polen haben die Gegend nördlich von Ratisbor geräumt. Sibylla Rothenberg und Günterstag haben sie sich verstärkt. Die Polen richteten auf Bzawo vier Angriffe, unterstützt von Geschützen. Die Polen haben Bzawo besetzt. Von der Bevölkerung in Bzawo kommen anhaltend Hilfslieferungen. Die Stadt Ratisbor wurde von den Insurgenter mit Maschinengewehren und Artillerie beschossen. Die Brücke bei Bzawo wurde von den Insurgenter durch Sprengungen vollständig zerstört. Von Bzawo bis zur Grenze liegen zerstörte Lägerhäuser.

Oppeln, 11. Juni. Englische Truppen haben bei Kraszta die Orte Kraszowice, Rudzinitz und Batscha besiegt. Die polnischen Truppen haben die Stellungen bei Ratisbor nicht geräumt. Plania bei Ratisbor wurde im Laufe des Tages mit Artillerie stark beschossen. Der entstandene Schaden ist noch nicht festgestellt. Bzawo wurde heute von den Franzosen besetzt. Zugleich werden die Deutschen weiter mit Maschinengewehren aus dem Walde südöstlich Ratisbor und nördlich und südlich Bzawo beschossen. Zwischen Ratisbor und Medebütz möchten die Polen einen starken Feuerüberfall mit Maschinengewehren und Infanterie. Die Polen haben die Gegend nördlich von Ratisbor geräumt. Sibylla Rothenberg und Günterstag haben sie sich verstärkt. Die Polen richteten auf Bzawo vier Angriffe, unterstützt von Geschützen. Die Polen haben Bzawo besetzt. Von der Bevölkerung in Bzawo kommen anhaltend Hilfslieferungen. Die Stadt Ratisbor wurde von den Insurgenter mit Maschinengewehren und Artillerie beschossen. Die Brücke bei Bzawo wurde von den Insurgenter durch Sprengungen vollständig zerstört. Von Bzawo bis zur Grenze liegen zerstörte Lägerhäuser.

Sächsische Volkszeitung — Nr. 183 — 18. Juni 1921

Der Gänsebub

Geistlicher Dorfroman von Dina Ernstberger

(22. Fortsetzung.)

8. Kapitel

Seit mehreren Wochen weilt die Glückstifterin nur schon bei Joseph. Ob es Hanni's Überredungskunst gelungen war, die alte Frau an diesem Entschluß zu bewegen, oder ob auch noch andere Beweggründe eine Rolle dabei spielen, wußte niemand so recht genau, am wenigsten die Glückstifterin selbst. Hanni hatte sich allerdings eine unendliche Mühe gegeben. Taxiberg hatte er dann gegrüßt und über die menschliche Unbedenklichkeit philosophische Betrachtungen gehalten, als er eines Tages plötzlich erfuhr, die Glückstifterin hätte irgendeine Begleitung ihres Sohnes Peter die lange besprochene Reise zu Joseph unternommen.

So oft hatte er ihr seine Begleitung gehäuft angestragen, nun dachte sie ihm seine Hochzeit, jetzt damit, ohne ihm auch nur ein Sterbenswörtchen davon zu sagen.

Wer nicht die Sache mit der Schatztruhe ge-ge-wusst und die demit eng verknüpfte Bürgermeisterwahl ge-wusst, er hätte der ganzen Glückstifterin somit den Tod des Patriarchen ge-fürchtet; so glaubte er, doch es besser sei, vorläufig noch die Faust in der Tasche zu machen. Vor er nur einmal Bürgermeister, dann wollte er schon die Bekleidungen alle zurückholen.

Mit der Glückstifterin hatte er schon verschiedenes Male bei seinen häufigen Besuchen die Heimat- und Heimatgelegenheit besprochen. Sie hatte sich der Sache gar nicht so abgeneigt gezeigt. Im Gegenteil. Der Gedanke, daß Joseph die leidende Herzengemüde eine von den Töchtern des Dorfes beglücken könnte, war auch ihr schon öfter gekommen, und immer hatte sie sich mit sicherer Persiedigung solchen Gedanken hingegeben. Sie war allerdings mehr für die Bürgermeisterskunde eingetaucht. Der große Geldsack der Schneider-Skunde schenkte ihr zu zweit. Hanni war im großen ganzen ein ehrlicher Charakter. So oft ihm die Frau Bürgermeister ein Stück Dörfchleisch oder eine große Wurst oder ein kleiner Schnaps und dergleichen mit den bedeutungsvollen Worten: "Als kommt Ihnen mehr noch Hanni!" in den Arm legte, fühlte er schwere Gewissensbisse ob seiner Handlungswise. Schließlich aber mußte er sich dann

immer wieder zu seiner Verzierung sagen, daß sich jeder doch selbst der Nachte sei und die Bürgermeisterwürde doch kleinen Verrat wohl wert ist. In den nächsten Wochen, wollte er sich gleich mal aufzumachen zu einer Reise in die Stadt, um mit Joseph und seiner Mutter das Rähere zu besprechen. Er meinte, die lange Schenke, die ihm der erste Besuch bei Joseph verursachte, würde diesmal nicht wiederkehren, denn was sich die Glückstifterin getraute, das durfte er erst recht wagen; fühlte er sich doch was Wissen und Bildung anbelangt, höherhoben über diese Frau. Was hatte er doch in dieser Beziehung durch den Verlehr bereist mit seinem ehemaligen Feldwebel und jetzt im Umgang mit den verschiedenen Herren "Begirks" schon alles gelernt! Stein, was Anstand und Bildung betraf, brauchte er sich vor dem eingebildeten Vortier und auch nicht vor den schwatzenden Hausleuten zu fürchten.

Während Hanni so sich seine Blöße für den bevorstehenden Besuch ausehrte, sah die Glückstifterin am Fenster eines elegant eingerichteten Zimmers im Hotel "Bellevue" und sah hinab auf das bunt bewegte Straßenleben vor ihr. Statt der bunten fränkischen Kleidung trug sie ein einfaches, schwarzes Kleid und an Stelle des scheinbar glänzenden Kopftuches lag an den weißen, dünnen Haarschäften ein kleines Spitzenhäubchen. Niemand vom Dorfe würde in der ehrenwerten alten Dame wieder die arme Glückstifterin erkennen haben.

Es war ihr anfangs nicht leicht geworden, die heimatlichen Kleider abzulegen. So oft sie anfangs ihr Bild im Spiegel erblickte, prallte sie zurück; sie konnte sich gar nicht so sehen. Schließlich sah sie anfangs den ganzen Tag in ihrem Zimmer schen; sie kam ordentlich in Verlegenheit, wenn das Hotelpersonal so liebenswürdig und zuvorkommend zu ihr war und ständig fragte, ob sie das, wenn man sie so bediente. Ost, wenn sie am Tische sah und alle möglichen Gedächtnisse vor ihr standen, kam ihr die Tränen in die Augen: — sie mußte der Zeit gedanken, wo sie und ihr verstorbener Mann sich nicht einmal am trockenen, schwarzen Brodt hätte fressen können, damit die kleinen nicht Hunger leiden müßten. Damals gab es oft Tage, wo sie nicht fünf Pfennige ihr eigen nennen konnte. — Hunger und Not lehrte sie schon in den Tagen ihrer frühesten Kindheit kennen; wie sollte sie sich nun, am Ende eines langen Lebens, plötzlich an solchen Überfluß gewöhnen können?

Joseph war ängstlich bemüht, ihr das Einleben in die neuen, so völlig fremden Verhältnisse möglichst zu erleichtern. Jede freie Minuten verbrachte er auf ihrem Zimmer. Er konnte nur nicht müde werden, sie immer wieder mit neuen Über-

Französische Kriegsverbrechen

Breslau, 11. Juni. Die Breslauer Blätter bringen eine Reihe von Beispielen, in welcher Weise die Deutschen in Oberschlesien nicht nur von den Polen, sondern auch von den Franzosen drangsaliert werden. Die deutschen politischen Parteien und Gewerkschaften von Breslau haben der Interalliierten Kommission eine Beschwerdebrief überreicht, die mit zahlreichen eidesstattlichen Erklärungen Misshandel, sowie mit ärztlichen Attesten verbunden ist. Aus dem einwandfreien Material geht hervor, daß eine Unzahl deutscher Bürger von den Franzosen beschimpft, mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert und ungerechterweise lange, obwohl sich die Unschuld der Beschädigten nach dem ersten Verhöre herabstellte, gefangen gehalten wurden. Die Gefangenen wurden beim Verhör "Boches", "Deutsche Schweine" und "Deutsche Hunne" genannt. Selbst französische Offiziere misshandelten die Gefangenen mit Stecken und Spazierstäben. Einem Deutschen wurde das Band des Eisernen Kreuzes aus dem Knopfloch gerissen, auf die Erde geworfen und mit den Füßen zertrampelt. Ständig wurden die Gefangenen bedroht, eingeschüchtert und ihnen eröffnet, daß sie am nächsten Tage erschossen werden würden.

Amerikas Finanzherrschaft

London, 11. Juni. Aus Washington wird vom 11. Juni gemeldet, es verlautet, daß eine Gruppe von internationalem Banken der amerikanischen Regierung die Sicherstellung gegeben hat, daß die Genehmigung der amerikanischen Behörden bei allen fünfzig Geschäften, die die Weltfinanzlage berühren, eingeholt werden wird.

König Konstantius' Attentat

Athen, 11. Juni. Nach einer Habesmaßnahme ist die Attentat des Königs Konstantin nach Smyrna endgültig auf Beau nachmittag festgestellt. Im Begleitung des Königs werden sich die beiden Prinzen Nikolaus und Andreas, der Ministerpräsident Giannaris, der Kriegs- und Marineminister, sowie der Chef des Generalstabes befinden.

London, 11. Juni. laut "Daily Telegraph" hat König Konstantius die Absicht, die Leitung des griechischen Heeres in Griechenland zu übernehmen. Die Zahl der griechischen Truppen in Smyrna wird auf 30 000 Mann angegeben.

Gründung des italienischen Parlaments

Rom, 11. Juni. In seiner Thronrede bei der Gründung des Parlaments wies der König darauf hin, daß es darauf ankomme, die öffentlichen Finanzen wieder auszurichten und Beamtenamt, Armee und Marine zu reorganisieren. Gefordert werden muss eine in weiser Selbstsucht geleistete Mitarbeit der Vereinte der Klassen. Die gesetzliche und moralische Politserziehung müsse gefördert werden. Alle Bürger müßten sich in der Einigkeit zusammenfinden, von der die Größe des Vaterlandes abhänge. Die Thronrede wurde an vielen Stellen von allgemeinem Beifall unterbrochen. Der König schloß unter begeisterten Rundschlägen, an denen sich auch die Jugend beteiligte. Auch der Königin, dem Kronprinzen und den Prinzessinnen wurden begeisterte Huldigungen dargebracht. Die Kundgebungen setzten sich auch nach der Rückkehr der königlichen Familie zum Quirinal fort.

In der Diplomatenloge sah der deutsche Botschafter großen dem englischen und französischen Kollegen. Die Abgeordneten der neuen Regierung wurden durch Buzer, "Es lebe Griechenland!", "Es lebe Dalmatien!", "Es lebe Griechenland!" begrüßt. Als Namensaufsatz der Abgeordneten den Namen Loggiaenburg aussieht, rief der Abgeordnete Giunta, der bekanntlich geschworen hatte, Loggiaenburg zu schwören, wenn er das Parlament betreten sollte. "Nieder mit Österreich!" Der König deutete sich Buden und Bewegung herbei. Während die slawischen Vertreter erschienen waren und in den linken Händen ihren Platz genommen hatten, waren wider Erwarten und gegen die ursprüngliche Abstimmung die Vertreter Südbalkans nicht erschienen. Sie hatten Abstimmungen verlangt, daß die Haltung des Kaiserlichen Abgeordneten Giunta gegen Loggiaenburg zu keinen Zwischenfällen führen möge. Die Abstimmungen nicht gegeben wurden, zogen sie vor, die Sitzung fern zu bleiben.

Die wirtschaftlichen Beziehungen Russlands zum Auslande

Paris, 12. Juni. Eine Mitarbeiterin des "Petit Parisien" hatte in London eine Unterredung mit Krassjin. Der Botschafter der russischen Sowjetregierung sprach sich unter anderem auch über die Kongessionsfrage aus. Bis jetzt, sagte er, hätten die wirtschaftlichen Beziehungen Russlands zum Auslande ausschließlich in einfachen Räumen bestanden. Er sieht die Abschaffung mit England auf 5 Millionen englische Pfund, mit Schweden auf 50 Millionen Kronen, mit Deutschland auf 20 Milliarden Mark und mit Amerika auf 10 Milliarden Dollar. Aber die russischen Goldreserve seien nicht unerschöpflich. Russland ziehe es vor, sich auf den Weg der Kongessionsgeschäfte zu begeben. Die russische Flotte verläßt in ganz kleinem Maßstab wieder aufzunehmen, nach Förderung der Rohstoffe nach den Höfen. Es bleiben also nur die Kongessions überzeugt. Von einer Wiederherstellung des Privatlebens kann nicht die Rede sein, und darauf kommt es auch nicht an. Der Kapitalist, der durch Russlands Reichtümer angestellt werde, müsse begreifen, daß er

zuschüttungen zu unterhalten und zu verzieren, — sie aber kommt trotz allem die Heimathnsucht nicht zum Schweigen bringen. Ost sah sie in der Dämmerstunde am Fenster und ihre Blüte suchten sehnsüchtig das Streichen Himmel ab, das zwischen den hohen Häusern sichtbar war, nach einem Sternchen, das ihr endlich in der Heimat schien und aus dem Auge rollten schwere, heiße Tränenströmen. Dann dachte sie des stillen, kleinen Heimatdorfes, und Heimweh nach der traurigen, niederen

seiner Arbeit in Russland nur einen Vertrag zwischen ihm und der Sowjetregierung zugrunde legen würde. Er werde aus diesem Vertrag ebenso viel und mehr Nutzen ziehen als aus seinen Unterredungen vor dem Kriege. Die Regierung aber werde Herr des Bodens bleiben und niemals Monopole ausüben. Wenn der Kapitalist genügend Ruhm aus der Konzession gezogen müsse sie wieder an die Regierung zurückfallen. Kräfelin behauptet, es sei niemand beschädigt worden, der einen Vertrag mit Sowjets besaß.

Beschlüsse des Zwölferausschusses

(Eigener Drucksbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 18. Juni. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, soll der Zwölferausschuss folgende Beschlüsse gefasst haben: Eine Zurückziehung des Deutschen Selbstschutzes ist erst dann möglich, wenn eine tatsächliche Entwicklung der polnischen Infanterie erfolgt ist, wenn alle aus Polen gekommenen Banden aus Oberschlesien entfernt sind, wenn eine vollständige Sperrung der polnischen Grenze erfolgt ist, wenn gegen alle an den Aufstand Schuldbigen ein Strafverfahren eingeleitet werden ist (keine Amnestie), wenn alle von den Anführern eingesetzten Gehilfen aufgelöst sind und wenn eine Verhinderung der Fortführung der Penitentiary in Form von Gemeinde- oder Ortsgerichten gesichert ist.

Die Zwangshypothek

Berlin, 11. Juni. Zu den Steuerplänen der Reichsregierung hat der Reichsbund in einer Entschließung Stellung genommen, in der er schärfste Verwahrung einlegt gegen Steuerpläne, die darauf abzielen, den Goldwert des Gründ und Bodens mit einer 20 prozentlichen Zwangshypothek des Reiches zu beladen, vornehmlich wenn der Goldwert durch Multiplikation des Friedenswertes mit 15 errechnet werden sollte. Der Goldwert des Gründ und Bodens sei in heutiger Währung bedeutend geringer. Durch ein solches Gesetz würden einer späteren Verstaatlichung des Grundbesitzes die Wege geebnet und ein großer Teil des Deutschen Reiches auf indirektem Wege dem Feind überantwortet.

Aushebung von Sondergerichten

Die außerordentlichen Gerichte im Arnsberg, Dortmund, Oberfeld, Münster, Westfalen, Altona, Neuburg und Weiningen sind, wie dies der Reichskanzler im Reichstag in Aussicht gestellt hatte, aufgehoben worden; die Aushebung weiterer außerordentlicher Gerichte steht bevor.

Die neuen Fernsprechgebühren

Berlin, 12. Juni. Die Fernsprechgebühren sind in dem neuen Fernsprechentwurf von Gründ auf neu gestaffelt worden. Sicher betrifft die Gebühr für eine Verbindung bis zu drei Minuten Dauer und bis zu einer Entfernung bis 25 Kilometer 80 Pf., darüber hinaus bis zu 80 Kilometer 1 Pf., über 80 bis 100 Kilometer 2 Pf., bis 300 Kilometer 3 Pf., bis 500 Kilometer 4 Pf., bis 750 Kilometer 5 Pf., bis 1000 Kilometer 6 Pf. und über 1000 Kilometer 8 Pf. Richtig soll ein Gespräch bis zu drei Minuten Dauer auf einer Entfernung bis zu 5 Kilometern nur 25 Pf. kosten. Darüber hinaus sind folgende Gebührenstufen vorgesehen: bis 15 Kilometer 75 Pf., über 15 bis 25 Kilometer 1.25 Pf., bis 50 Kilometer 2 Pf., bis 100 Kilometer 3 Pf. und von da ab für je 100 Kilometer mehr 1.50 Pf.

Der Münchener Mord

München, 12. Juni. Die am Freitag verhängten Strafen für Walter Windfuhr haben heute Sonntag mittags eine gemeinsame Festrede veröffentlicht, die in Schriftformen von Kommunisten in den Straßen der Stadt abgesetzt wurde. In diesem Mitteilungsblatt wird erklärt, daß das politische Ziel des Streiks der Autokarosse das Kabarett Käthe, schon jetzt als völlig verfehlt erachtet werden könnte. Der Streik mache nicht einmal einen politischen Einfluß. Unter den Streikanten sei eine starke Polizei vorhanden, der Streik am Montag abzubrechen. Über den Mord an Gareis wird mitgeteilt, daß es trotz aller Verschüttungen des Gesetzes und der Polizei auch heute noch nicht gelungen ist, einen sozialistischen Fortschritt in der Ausbildung des Krebskreises und seiner Mutter zu erreichen. Man tutest noch wölf vor 10 Uhr im Dunkel über den Charakter des Geschehens. Auskunft wird jedoch, daß es zu ersten Ausschreitungen und Auseinandersetzungen bisher nicht gekommen ist und daß die ganze Stimmung, die jüngst herrschte, auch die Hoffnung aufsetzt, daß es dazu nicht kommen wird. Auf den weiteren Verhandlungen des Rates ist noch hervorzuheben, daß der Ministerpräsident Dr. v. Kahr nach München zurückgekehrt ist.

München, 12. Juni. Das Erscheinen des unabdinglich sozialistischen Blattes "Der Kampf" wurde durch den Münchener Polizeipräsidienten Pöhlner bis auf weiteres verboten. — Das gestern nachmittag erschienene Sonderblatt der Münchener Post, in dem die Ausdehnung des Generalstreiks auf die lebenswichtigen Betriebe angedeutet worden war, ist von der Polizei beschlagnahmt worden.

München, 13. Juni. Ministerpräsident von Kahr ist nun doch mit Unterbrechung seines achtjährigen Urlaubs nach München zurückgekehrt. Um den fehlgeschlagenen Generalstreik doch noch zum Abschluß des Sozialismus zu gestalten, hat die Münchener Post am Sonnabend abends noch ein neues, sofort wieder beschlagnahmtes Flugblatt herausgegeben, das zur Bildung eines Demonstrationzugs am Freitagabend aufforderte, ob welchen man doch nach den Montag statt Sonntag lassen hat. Die Teilnehmer sollen sich auf der Theresienwiese versammeln und geschlossen nach dem weit entfernten Ostbahnhof ziehen, wo um 6 Uhr nachmittags die Einäscherung erfolgt. Der Zug wird aber ebenfalls verboten werden. Von der erneuten Verordnung des Generalstreiks ist nichts zu merken. In den Eisenbahnwerkstätten sind die Arbeiter am Sonntag morgen abermals vollständig wieder zur Arbeit gekommen. Der Vaterländische Beamtenrat hat grundsätzlich vollständige Dienstleistung verfügt. Das Glücklich, daß es sich bei dem Mord des Abgeordneten der Unabhängigen, Professor Gareis, um einen Erforschungsmord handelt, wird seit gestern in München allgemein besprochen und geglaubt. Es werden sogar ganz bestimmte Angelegenheiten gemacht.

Der "Neuenburger Anzeiger", das Blatt des Vorstandes der Landtagsfraktion der bürgerlichen Volkspartei, Geheimrat Held schreibt aus Ermodung Gareis: "Es ist an hoffen und dringend zu hoffen, daß die bürgerliche Staatsregierung mit aller Macht einen Schlag gegen die eine Atmosphäre in Bayern verschaffen kann, unter der derartige Wahnsinnsstoten entstehen können. Die Deutschvölkischen und ihre Organe die offen zur Verbündung mit dem Reichs- und Staatsgewalt aufzufordern, und die eigentlichen Schuldigen an dem Verbrechen, das neuerdings schweres Unheil über Bayern zu bringen droht. Die bürgerliche Staatsregierung hat dem Märchen der Feinde rachgeschlagen und den festen Willen zur Entmischung der Einwohnerwehren fundgetan. Auch bei der Einwohnerwehr ist ausnahmslos dieser gute Wille. Wir fragen aber: Ist es richtig, wenn der bekannte deutsch-nationale Oberst Lanzler in diesen Tagen bei den Führern des Regierungsblocks erschienen ist mit der Forderung, der Ministerpräsident v. Kahr, der gegen Berlin an schwach und zu schwapp gewesen sei, müsse gestürzt werden? Wenn es nötig sei, müsse die Diktatur ausgetreten werden. Dafür sei Kahr nicht stark und eindringlich genug! Das könnte nur Eichhorn oder er, Thälmann, machen.

Freispruch im Kriegsprozeß Ramdohr

Leipzig, 11. Juni. Im Prozeß Ramdohr wurde heute mittags das Urteil verkündet: Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Reichsstaat aufgezehrt. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Zur Begründung des Urteils führt der Vorstehende aus: Sollte auch die Befreiung der dringenden Notwendigkeit erachtet haben, daß der Angeklagte bei der Vernehmung jugendlicher Personen überlaubtes Zugang angemäßt habe, was nach § 343 des Reichs-

strafgesetzbuches als Verbrechen mit Hochhaus bestraft werde, so ist doch kein ausreichender Beweis für einen bestimmten Einzelfall erbracht worden. Die Gewaltwidrigkeit des jugendlichen Zeugen sei wesentlich bestreitbar worden durch die Feststellung, daß vereinzelt bewußt oder unbewußt die Unwahrheit gesagt hätten, da sich verdeckte Vorgänge ganz sicher nicht ereignet hätten. Die Kinder hätten auch keine Unterstützung gefunden durch den objektiven Bewußtsein, wie ihn die anwesenden Herren festgestellt hätten. Ferner sei bei der Urteilstellung von großer Bedeutung gewesen, die Aussage der Zeugen Schwarz und Landau, die nicht eine einzige Klage im Gefangenisse der Kinder gehört hätten. Das Gericht sei zu der Überzeugung gekommen, daß dem Angeklagten das Pflichtgefühl bei seinen Handlungen gelebt habe. Ob auf Anwendung des § 841 des StGB. Bezug genommen werden könne, bedürfe keiner Erörterung, da die Festnahme in den vorliegenden Fällen berechtigt gewesen sei.

Kleine Nachrichten

Berlin, 12. Juni. Die größte Glöde des Berliner Doms ist am Sonnabend plötzlich gesprung. Ein langer Riß, der sich quer durch das Metall zieht, hat ihren ehrwürdigen Mund für immer zum Schweigen gebracht, denn eine Reparatur der Glöde ist nicht mehr möglich. Viele, die sich an ihrem edlen Klang erfreut haben, werden das Gefühl des Geläutes nunmehr als schweren Verlust empfinden. Noch größer aber ist der Verlust für die Stadt Berlin. Denn ganz abgesehen davon, daß die Renovierung einer derartigen Glöde heute mit außerordentlich großen Kosten verbunden ist, war sie die schönste und wertvollste Glöde, die Berlin je besessen hat. Es wird nur wenige Glöden in Deutschland geben, die ihr an Alter gleichkommen. Wie eine Inschrift, die sie trägt, beweist, stammt sie aus dem Jahre 1471, seit 1502 hängt sie in Berlin, ursprünglich befand sie sich im Dominikanerkloster zu Wilsnack. Sie ist mit Initialien und biblischen Ornamenten geschmückt und hat ein Gewicht von 3610 Kilogramm. Ihre Durchmesser beträgt 184,5 Zentimeter.

Nachrichten aus Sachsen

Die dritte Regierungspartei

Am letzten Donnerstag den 9. Juni hielten die sozialdemokratischen Gewerkschaften auf dem Schlossplatz in Dresden eine Versammlung unter dem Motto "Für Oberschlesien — gegen Oeges" ab, die aber ins Wasser fiel; nur gegen tausend Personen waren selbst nach den Verordnungen sozialdemokratischer Plakate erschienen. In dem Bericht der mehrheitssocialdemokratischen "Dresdner Volkszeitung" (Nr. 198) ist nun folgendes darüber zu lesen:

"Nachdem die Redner gegen 6 Uhr geendet, wurden die Entschließungen angenommen. Kommunisten, die mit roter Fahne und Sowjetstandarte erschienen waren, betätigten sich arbeiterplattnerisch und erneut nach dem Verschwinden ihrer arbeiterplattnerischen Gründlichkeit wieder einmal dadurch, daß sie die einheitliche Demonstration zu jürgen und die Rednertribünen zu zerstören suchten, was ihnen aber nicht gelang. Dafür hielten nach dem Ende der Demonstrationen zwei Deute von einem mitgebrachten Wagen herab vor einem Hause Stein von Freunden und Bekannten noch Angriffen, die daraus hinausflossen, in Oberschlesien das Verhältnis dümmste und unausführbarste zu tun, nämlich die kommunistisch-sowjetische Herrschaft auszurichten. Einer der Männer, der einem jüdischen Landtagsabgeordneten recht ähnlich sah, sprach in einem so müsten Minnesteine und belegte alle Gegner der Kommunisten mit rüden Schimpfwörtern, daß es kein Wunder ist, wenn diese Partei sich in ihren Mitgliedern und leider auch bereits in ihrer Jugend Nöthlinge ergeht, die alle vernünftigen Überlegungen abholen und die am liebsten mit Faustschlägen beseitigen. Nach den Reden schien man einen Demonstrationszug zu planen, aber die angekündigte Internationale verhalf schwach hin und hinter die Glöckne mit Sowjetsternen scharte sich nur ein Haufen von 17 jungen Leuten und Kindern. Und so senk' ich beide Fäden, wurden eingeknotet und zogen still und einsam ab."

So urteilt ein Organ der städtischen Räte des sächsischen Landtages und der höchsten Gruppe der Meisterschaftsleitung und Klassenregierung über ein Mitglied der dritten Regierungspartei. Man vergleiche dazu die Haltung der am mehreheitssozialdemokratischen Minister bei der Abstimmung über die Strafverfolgung der an der mitteldeutschen Lehrerbewegung beteiligten kommunistischen Abgeordneten. Dieselbe mehrheitssozialdemokratische Organ in Dresden hat übrigens in Nr. 181 zu dieser Abstimmung geschrieben:

"...aber heute die Einführung eines Strafverfahrens von viel weitreichender Wirkung ist wie früher, wird man auch die Fälle gründlicher prüfen müssen, die die die Einstellung von Strafverfahren in Betracht kommen."

Wenn auch die Namen der Minister Held und Kellisch in diesem Sohe nicht genannt sind, so ist der Tod doch deutlich genug ausgeschlossen. Trotzdem ist mit daran zu denken, daß die Chemnitzer Heldsrichtung in der Mehrheitssozialdemokratie doch von absteigen wird, der dritten Regierungspartei in Sachsen auch weiter die Rostani an dem Feuer zu hören.

Der neue sächsische Justizminister?

Wie die Chemnitzer Volksstimme erfahren haben will, wird zur Leitung des sächsischen Justizministeriums Landgerichtsrat Dr. Heidner in Leipzig berufen. Heidner ist ebenso wie der bislangige Justizminister Dr. Hartwig Mehrheitssozialist. Wie unseres Dresdner Mitarbeiter hier von zuständiger Seite erählt, ist über die Nachfolge des Herrn Dr. Hartwig noch keine Entscheidung erfolgt.

Tuberkulose-Ausstellung

Die Erfolge der zurzeit in der Reichshalle am Zwinger veranstalteten Tuberkulose-Ausstellung sind auch ins Ausland gedrungen. So werden in der vergangenen Woche der Generalsekretär des Gesundheitswesens für Sachsen Dr. Gösta Göthlin und aus Amerika (Chicago) Professor C. E. Winslow von der League of Read Cross Society in Dresden; beide Herren haben sich über die Radikalzuricht sehr anerkannt und werden ihre Regierungen zu einer Verbindung mit dem Museum veranlassen. Die Schweiz eröffnete Mitte Juni eine Hygiene-Ausstellung in Basel. Auch dort wird das Deutsche Hygiene-Museum, Band in Band mit der Schweizerischen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, mit seinen Sammlungen vertreten sein. Sehr zu beruhigen ist, daß selbst die feindlichen Länder deutscher Wissenschaft und Technik die ihr gehörende Ausstellung zollen. Tiefe im Deutschen Hygiene-Museum im besagten Gebiet verankerten Wanderausstellungen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurden von den Besuchergesellschaften geschlossen besichtigt. Das "Echo du Rhin" vergleicht die deutsche Ausstellung mit den weltberühmten Sammlungen des Hospitals St. Louis in Paris und schreibt, daß während früher die deutschen Aerzte nach Frankreich zur Bereicherung ihrer Kenntnisse kamen, es jetzt umgekehrt den Fall sei. Ferner hat das Bundesministerium für soziale Fürsorge in Wien und Österreich eine Tuberkulose-Ausstellung und einer solchen für die Geschlechtskrankheiten gebeten. Von deutschen Städten haben sich in den letzten Tagen Essen, Düsseldorf, Darmstadt und München um die Überlassung von Ausstellungen bemüht. Diesem Wunsche wird von Dresden in den nächsten Monaten entsprochen werden.

— Ein Bauhütner Heimatfest fand hier aus Anlaß der Heimatausstellung der Bauhütner Landmannschaft in Dresden statt. Am Sonnabend nachmittag trafen etwa 150 Heimatfahrer aus Dresden und Umgebung unter Führung des fröhlichen Bauhütner Oberbürgermeisters Osk. Nat. Dr. Kraubler hier ein und wurden von den Vertretern des Heimatkundes des Stadtmuseums statt und nachmittags verkleidet sich die Teilnehmer, deren Zahl sich inzwischen noch erhöht hatte, zu einer gemeinsamen Besichtigung der Stadt. Vormittag 11 Uhr fand im Bürgersaal des Gemeindhauses eine Festlichkeit statt, die bei Ansprachen des Oberbürgermeisters Niedner, des Ehrenbürgers der Stadt Baunen Osk. Ritter Dr. Kraubler, sowie Rücks, Gesangs- und Gedichtvorträgen einen eindrucksvollen Verlauf nahm. Dr. Kraubler feierte in begeisterten Worten die Heimatliebe als die Wurzel der Vaterlandsliebe und der Überbrückung der sozialen Gegensätze. Oberbürgermeister Niedner-Baunen wurde zum ersten Ehrenmitglied der Bauhütner Landmannschaft in Dresden ernannt. Nachmittags fand in der Krone ein Heimatabend mit Konzert, Vortrag, Theater und Volk statt. Auslässe in die Umgebung Baunen werden am Montag die von dieser Heimatliebe getragene Veranstaltung befehligen.

Sommers statt, dem der frühere demokratische Landtagsabgeordnete Hartmann präsidierte. Der Abend war allenfalls auf einen stimmlosen heimatlichen Ton gestimmt und brachte Heimatlieder, vorgetragen durch den Männergesangverein, Gedichtvorträge in Oberlausitzer Mundart und. Am Sonnabend fand eine Besichtigung des Rathauses und des Petritores sowie des Stadtmuseums statt und nachmittags verkleideten sich die Teilnehmer, deren Zahl sich inzwischen noch erhöht hatte, zu einer gemeinsamen Besichtigung der Stadt. Vormittag 11 Uhr fand im Bürgersaal des Gemeindhauses eine Festlichkeit statt, die bei Ansprachen des Oberbürgermeisters Niedner, des Ehrenbürgers der Stadt Baunen Osk. Ritter Dr. Kraubler, sowie Rücks, Gesangs- und Gedichtvorträgen einen eindrucksvollen Verlauf nahm. Dr. Kraubler feierte in begeisterten Worten die Heimatliebe als die Wurzel der Vaterlandsliebe und der Überbrückung der sozialen Gegensätze. Oberbürgermeister Niedner-Baunen wurde zum ersten Ehrenmitglied der Bauhütner Landmannschaft in Dresden ernannt. Nachmittags fand in der Krone ein Heimatabend mit Konzert, Vortrag, Theater und Volk statt. Auslässe in die Umgebung Baunen werden am Montag die von dieser Heimatliebe getragene Veranstaltung befehligen.

— Baunen. Aus Anlaß des Abgontages fand am Sonnabend auch hier auf dem Hornmarkt eine große Festfeierstunde statt, an der sich viele hundert Männer und Frauen beteiligten. Die Hauptansprache hielt Schuleiter Meier, der die völkerrechtswidrige und unmenschliche Behandlung untersucht noch in Abignon und in Sibirien zurückgehaltenen Gefangenen brandmarkte.

Die Chemnitzer Tagung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner

Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Landesverband Sachsen, hat für den 11. und 12. Juni nach Chemnitz ihren 2. Verbandstag einberufen. Zur Eröffnung der Tagung hatten sich eingefunden, als Vertreter der Generaldirektion Herr Oberbaurat Heim, als Vertreter der Stadt Chemnitz Herr Stadtbaurat Mant, als Vertreter des internationalen Eisenbahnerverbandes Herr Präsident Heller und Herr Sekretär Hammer und Holland, als Vertreter des Gewerkschaftsbundes Herr Landtagsabgeordneter Vogt-Dresden, außerdem Vertreter aus Preußen, Bayern, Württemberg und Baden. Nach herzlich gefühlter Begrüßungssrede des 1. Vorsitzenden des Landesverbandes, Eb-Alf. Müller-Dresden, brachten die Bahnbeamten und Landesvertreter ihrer Bänke für das Gelingen des Verbandstages in warmen Worten vor. Danach wurde in die Tagesordnung des 1. Tages eingetreten. Eb-Alf. Müller-Dresden, Geschäftsführer Kaiser und Raffiner Koch eröffneten den Geschäftsbereich, dem folgendes zu entnehmen ist: Der Verband, der als Sächsischer Eisenbahnerverband gegründet wurde, ist in ersterlincher Weise gemacht. Diese Tatsache ist besonders beachtenswert in Betracht des schwierigen Entwicklungsbodens, den der Verband in Sachsen hat. Zurzeit der Veröffentlichung ist der Verband in die Großorganisation der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner aufgegangen. Seit dem letzten Verbandstag ist ein beträchtlicher Teil von Arbeit geleistet worden, das aus der Verstärkung des Bahnhofs, der Befestigungsordnung, der Durchführung des Betriebsablaufes und der Durchführung des Betriebsablaufes herangezogen worden. Und wenn heute ein großes Stück des Weges nach dieser Richtung aufgezeigt ist, so ist das mit der zielstrebigsten Arbeit des Verbandes zu danken. Die Rassenverhältnisse des Verbandes sind geordnet, sie haben jedoch unter der Geldentwertung zu leiden gehabt. Deswegen macht die Notwendigkeit einer Stärkung der Kasse sich bemerkbar. Nach Aussprache über den Geschäftsbereich leitete der Delegierten wurde die Arbeit des Vorstandes aufgezeichnet.

In den weiteren Verhandlungen der Tagung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Landesverband Sachsen, referierte der Delegierte für Arbeiterfragen in der Rohstoffkommission beim Reichsverkehrsministerium, Herr Klein in Berlin, von den letzten Versprechungen über den Reichsbahnvertrag. Er legte im besonderen die Schwierigkeiten dar, mit der die Lohnkommission gegenüber der Verwaltung zu tun hat, die darin liegen, daß im Reichsverkehrsministerium Hemmungen vorhanden, daß durch die Kommunisten in Mitteldeutschland die Verhältnisse schwieriger geworden sind, und daß durch die Bestrebungen des Lohnabbaues der Lohnverbesserung der Boden entzogen wird. Er wünschte, daß der Krankengeldzuschuß erhöht wird, daß die Höherstufung der verschiedenen Orte im Ortstellenverzeichnis erfolgt, daß eine Verbesserung der Lohngruppen eintrete, daß die Schreihilfen den Gehaltsvermögen vorgebührten Stellen gleichstellt, und daß die Streckenarbeiter auf Grund ihres Dienstes höher bewertet werden müssen. Der Verbandstag nahm die Ausführungen mit Dank entgegen. — Weiter referierte der Delegierte für Beamtenfragen in der Personalvertretung beim Reichsverkehrsministerium, Herr Roth-Berlin. Er erörterte die verschiedenen Etagen des Verteilungssystems der Beamtenchaft in der letzten Zeit, die vorhanden sind im Besoldungsordnung, Höherstufung, Aufstellung der Eltern-Kreis-Zurechnung der Arbeitsdienststunden, Bestellung des Besoldungsdienstalters, Beamtenräte usw. Er weist darauf hin, daß manches erreicht sei, daß aber noch viele Wünsche der Beamtenchaft offenstehen. Besonders geht er auf die Frage der Besoldungsprüfungen ein und betont, daß dieselben an und für sich nicht erfüllbar sind, daß aber heute keine andere Möglichkeit sei, Qualifikation für eine höhere Stelle darzutun. Weiter stellt der Delegierte das Ortklassengesetz, dessen Schaffung noch mancherlei Arbeit bedarf, und das im Oktober erscheinen soll. Auch zum Referentenentwurf über die Regelung der Arbeitszeit nimmt der Sprecher Stellung. Das Referat langt aus in der Aufforderung mit weiterer zielstrenger Mitarbeit. Auch dieses Referat wird mit Dank entgegengenommen. — Den Referaten schließt sich eine rege Diskussion an.

Bezüglich Oberschlesien wurde folgende Entschließung angenommen:

Die letzten Vorfälle

Befreien, die Beiträge um wenigstens nach oben zu bringen, eine großzügige Wohlfahrtseinrichtung zu schaffen, Ausgleichsauslagen für Beamte gegenüber den Arbeitserlösen zu beantragen, die unverzüglich Durchführung der Ortsklasseneinteilung zu fordern, für Besonders einen Ausgleich nach dem Standpunkte der Gemeinschaftsfürsorge zu schaffen, das Streitrecht der Beamtenschaft restlos zu fordern, die Schöpfung des Rentengeldzuges für Arbeit zu verlangen, die Erhaltung des Achttundertages mit aller Energie durchzuführen. Im Anschluß daran wurde der Spähentwurf zur Wohlfahrtseinrichtung durchgelesen und mit wenigen Änderungen angenommen. Die Wohlfahrtseinrichtung tritt demnach in Kraft. Weiter wurde der Vortrag des Bundesverbands neu gewählt und mit Dankesworten des ersten Vorstandes, Assistant Müller-Dresden, der Verbandsstag geschlossen.

Aus Dresden

Zu den Elternratswahlen

In allen Dresdner Volksschulen findet Sonntag den 19. Juni von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr die Elternratswahl statt. Jeder Vater und jede Mutter und auch jeder betreute Vormund, soweit sie Kinder in die Volksschule schicken, sind wahlberechtigt, b. h. zur Wahl verpflichtet. Nicht wahlberechtigt sind Elterngärtner, Großväter usw., wenn sie nicht Vater und einer Volksschulmutter sind.

Sehen mehrere Kinder in eine Schule, so dürfen die Wahlberechtigten, also Vater und Mutter und Vormund, nur einmal zur Wahlurne schreiten. Besuchen aber die Kinder einer Wahlberechtigten verschiedene Volksschulen, so dürfen die Wahlberechtigten in jeder Schule wählen, die von den Kindern besucht werden. Wer also Kinder in zwei oder drei Schulen schickt, muß auch zweimal oder dreimal wählen.

Die Wahlzettel sind 9×12 groß und dürfen bei der Abgabe im Wahllokal der Schule nur einmal gefüllt werden.

Die Wahlen Verhältniswahlen sind, ist es nötig, daß alle Wahlberechtigten am Sonntag den 19. Juni an die Wahlurne gehen. Kein Vater, keine Mutter, kein Vormund darf bei der Wahl fehlen.

* Milchspende. Wenn das zum Besten der Dresdner Milchspende in sämtlichen Räumen und Anlagen des Ausstellungspalastes abgehaltene Dienstl- und Volksfest auch nicht jenen Massenbesuch aufweist, der ihm bei warmem Wetter sicher gewesen wäre, so waren dennoch viele, viele Dienstleute und Geplauder und auch viele Stadtfestgäste erfreut, die ihre „Obsttuſe“ reichlich probierten. Die Veranstaltung verlief, nur zeitweise vom bösen Wetter gestört, äußerst harmonisch. Zwei Kapellen des Philharmonischen Orchesters sorgten für musikalische Unterhaltung. In der Gartenabteilung hatte sich Winter-Zyman mit Dresdner Kabarettgruppen zusammengetan und ein Kabarett „Rudolph“ etabliert. In Konzertsaale erfreuten die „Boarischeller“ mit Schuhplattler und Aufführungen. Verwohnblätter wirkte im roten Saal eine Tanz- und Weinbiere. Und im Park draußen gab es Belustigungen für Groß und Klein: Das bekannte Naspertheater des Herrn Dr. Paul, Karussells, Lustschaukeln, Lustbahn, Schießbuden, Vogelschießen, Kinderstücke. 9.30 Uhr stieg ein wirklich hübsches Feuerwerk, das erste in Dresden seit 1914, unter Leitung des Herrn Neiprich. In den Sälen sowohl wie auch im Park unter dem Maienbaum wurde tüchtig gelangt. Eine reich bestückte Tombola mit sehr wenig Preisen fand reißenden Absatz.

* Fließküche. In einer zur Arbeitsbeschaffung an bedürftige Erwerbslose vom Amt für Arbeit eingerichteten Nähe und Fließküche. Lützowstraße 18. I. werden für minderbemittelte Fleißmänner gekocht. Wäsche und Kleider aufgeräumt sowie Fleißkerzen aller Art sachgemäß gegen angemessenes Entgelt ausgeführt. Auftragsannahme und Auskunftserteilung Montags, Mittwochs und Freitags von 8-4 Uhr.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden-Ulitz. Die Ortsgruppe des Volksvereins f. d. l. D. hielt am Freitag, den 10. Juni, seine Hauptversammlung im großen Saale des Gesellenhauses, Ritterstraße 4, ab, welche sehr gut besucht war. Vor allem waren sehr viele Eltern der die erste und siebente katholische Volksschule besuchenden Kinder der Einladung des Geschäftsführers der Ortsgruppe, Herrn Kaplan Dr. Jakob Uhl, zu dieser Versammlung gefolgt. Der Ulitzer Kirchenchor „Gädelia“ trug zunächst ein Werk unter Beteiligung desselben Dirigenten Herrn Kaplan Erdel vor. Darauf ergriff der Oberkantor Danner das Wort zu seinem Vortrage und riefete zunächst treffliche zu Herzen gehende Worte an die Eltern schwächlicher Kinder und erwähnte sie, in den nächsten entscheidenden Tagen unter beschränkten Bedingungen die Kreise zu halten und sie bis auf das Neueste zu verteidigen. Bei seinem eigenartigen Thema „Armut und Reichtum im Lichte des christlichen Glaubens“ übergehend, wie er klipp und klar noch, wie beide im Leben der Völker Notwendigkeiten sind. Mit bewundernswertem Logik legte er die Grundsätze des Christentums dar und bewies sie. Langanhaltender Beifall lohnte seine vorzülichen Ausschreibungen. Bei von dem Kirchenchor „Gädelia“ vorgetragenen Lieder füllten die Pausen aus. Nunmehr ergriff der zweite Redner des Abends, Herr Oberlehrer Ueckers, das Wort zu seinem Vortrage „Stadtindustrie auf Land“. Er legte dar, welche ungeheure Summen das südliche Jugendamt aufwendet, um vor allen auch den bedürftigsten Kindern unserer katholischen Volksschulen einen mehrwochigen Landaufenthalt dienen zu können. Es sei ihm auch in diesem Jahr geplanten in Ostpreußen, im gastlichen Ermland, eine ansehnliche Zahl Stellen für unsere erholungsbedürftigen Kinder der katholischen Volksschulen einzurichten. Er bat aber die Eltern nur solche Kinder nach Ostpreußen zu schicken, welche bereits im Elternhaus zu einer gewissen Selbstständigkeit erogen sind, weil es den dortigen Gästebetrieb nicht zugemutet werden kann, daß sie auch noch die Kinder täglich waschen, austrocknen usw. bei ihren schweren landwirtschaftlichen Arbeiten. Reicher Beifall folgte dem mit Humor durchwirkenen Vortrage des im Dienste ergrauten Schulmannes. Mit Worten des Dankes und Aufforderung an die Eltern am 19. Juni sei den Elternratswahlen alle ihre Pflicht zu tun, ging um 11 Uhr die Versammlung zu Ende. R.-r.

Kreuzblättnis. Dresden-Alstadt: Dienstag den 14. Juni, 7.30 Uhr, im Vereinszimmer, Gesellenhaus, Versammlung mit Vortrag eines Herrn vom Bühnenverein (voraussichtlich über deren Gründung und Aufgaben). Jahrestreffen der Mitglieder ist sehr erwünscht. — Dresden-Johannstadt: Donnerstag den 16. Juni, 7.30 Uhr, im Griechischen Gesellschaftshaus Versammlung mit Vortrag des Herrn Kaufmann Stein: „Vorgeschichte Sachsen“. — Dresden-Meuthen: Dienstag den 21. Juni, 7.30 Uhr, im Benvoist Versammlung (Paul-Keller-Abend).

Kirchliches

Hundert Jahre Delegatur Berlin.

Vom 12. bis 14. Juni feiern die Katholiken Berlins und der Delegatur in Anwesenheit des Kardinalvikars des Bischofs von Breslau Vertreter das einhundertjährige Bestehen der fürstbischöflichen Delegatur. Die fürstbischöfliche Delegatur zählt unter rund 7 Millionen Einwohnern 550 000 Katholiken, wovon auf Berlin 450 000 Katholiken entfallen. Damit ist, so paradox das klingen mag, Berlin die größte katholische Stadt Deutschlands. Die Seelsorge der Delegatur umfasst 9 Archipresbyterate mit 134 Pfarreien. In die Seelsorge teilen sich 253 Geistliche. In allen Pfarreien herrscht intensives kirchliches Leben, das noch durch einen ununterbrochenen Vereinsbetrieb gestärkt wird. Der Weltkrieg wird seit langem unterstützt durch Ordensleute. Die Dominikaner, Jesuiten und Salvatorianer verfügen hier eigene Niedergesetzungen, und die Franziskanerbrüder sind seidenreich in caritativen Anstalten tätig. Berlin zählt 10 katholische Kranken-

anstalten und Sanatorien, die von Schwestern geführt werden. Die Delegatur Berlin verhant ihr Aufblühen den hochherigen Spenden der jetzigen Fürstbischöfe von Breslau und nicht zuletzt der tatsächlichen finanziellen Unterstützung der Bonifatiusvereine. Warum sind auch die Gedenktagstage an das hundertjährige Bestehen der Delegatur als Delegatustagung gebildet.

Gewerkschaftliches

Leipzig. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Deleggruppe Leipzig, hat sich in seiner am 2. Juni 1921 im Nellnerheim stattgefundenen Vertreterversammlung mit der französischen Vertäglichkeit in Oberschlesien beschäftigt. Nach einem Report des Gewerkschaftssekretärs wurde folgende Entschließung einstimmig gefasst: „Die am 2. Juni 1921 stattgefundene Vertreterversammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Deleggruppe Leipzig, verurteilt nach einem Report des Gewerkschaftssekretärs Smith auf das schärfste den jürrigen Völkerrechtshofs in Weißwasser auf der Polen auf Oberschlesien und die damit verbundene Gewerkschaften politischer Partei. Das Votum nimmt eindeutig den Willen der Delegierung aus. Den oberschlesischen Volkssyndikat entseiden wie unsere berühmtesten Grüne mit der Bitte aufzuhalten in der schwierigen Zeit der Not, bis dem Recht zum Siege verholfen ist. Von der Reichsregierung wird erwartet, daß sie ein Mittel unterfindet läßt, daß das Selbstbestimmungsrecht, welches im Völkerrecht verankert ist, auch durchgeführt wird.“ Diese Entschließung wurde direkt an die Vertreter der Deutschen nach Oberschlesien und die Polen gesandt, diese Wahrnehmung den teilweise Vorsitzenden geeignet bekanntzugeben.

Theater und Musik

Residenztheater. Uraufführung: „Primadonnenzauber“, Opernkomödie von C. G. v. Nagelstein, Musik von Alfonso Blümel.) Eigentlich bietet das Stück, dem der „berühmte“ Künstler zwischen Schwendörfer nach Paris und das dortige, mit knalligen Effekten aufgemachte Zusammentreffen mit ihren Frauen zugrunde liegt, bis schließlich in Venedig erstmals zwei Verlobnisse und zweitens eine Verlobung zustande kommen, wirklich nichts Neues. Ja, man muß sich wundern, daß es immer noch der russische Trottel und das Pariser Leben zu Wirkungen auf deutschen Bühnen kommen kann. Schließlich würde, wenn es durchaus sein muß, heute auch die Berliner Schleife und Nebewelt etwas Witz und Groteske aufbringen. Da, jedenfalls geschieht nichts Schlimmes und die Wache ist gar nicht mal übel. Besser noch steht es um die Musik. Die Partitur hält die moderne Richtung der Operette ein, will auch dem Verhöhnern etwas bieten und zeigt manchen netten Einfall. Man geht mit bei dieser Musik, ohne allerdings etwas „mitzunehmen“. Die Darsteller, besonders Miss Karl, der gewandte Heinz Steinbrecher, Fräulein Bantin, Frau Rotter, Guckfuß und Janda spielen und singen doch erfreulich. Einen Gewinn bedeutet auch die neue Soubrette, Fräulein Lydia Petri. Sie hat Anmut und ein hübsches Stimmmchen. (Manchen Darstellern, besonders denen spanischer Rollen, sei gesagt, daß es nicht Don Schoss heißt.) Kapellmeister Schicklanz leitete die Aufführung mit großem Schwung. Chor und Orchester brillierten unter ihm. Zeh.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: F. W. Alfonso Menne; für den Inseraten Teil: Josef Hoffmann. — Druck und Verlag der „Saxonia-Buchdruckerei“ G. m. b. H. zu Dresden.

Holz-Grabkreuze! Holz-

dauerhaft, gr. Auswahl, Tischlerel Dresden, Holzbeinstr. 57

Vereins- und Partei-Anzeiger

Kreuzbündnis Dresden.

Altstadt: Dienstag den 14. Juni abends 1/2 Uhr.
Johannstadt: Donnerstag den 16. Juni abends 1/2 Uhr.
Neustadt: Dienstag den 21. Juni abends 1/2 Uhr.

Allgemeiner sozialer Jugendltag Leipzig

Montag den 20. Juni im Saale des „Schloss Drachenfelz“ Leipzig - Gotha, Neuherrn Hallische Straße 11

Prolog, Festrede (Hochw. Hochschulseelsorger Beier), turnerische Aufführung, Streichquartett und Theater:

„Hans Sachs in der Wolfschlucht“

Schwan von H. Honnen

Anfang 7 Uhr. Programme zu 5, 8 und 12 Mark in der Buchhandlung Büttner und durch die Junglings-Gemeine zu kaufen. Die katholische Weltstube ist Sonntag den 19. Juni, vorm. 9 Uhr in der St. Laurentiuskirche zu Leipzig-Kleinzschocher 1181

Soziale und caritative Frauenschule des Rath. Frauenbundes in Böhmen, München

München

Ausbildung zu ehrenamtlicher und beruflicher sozialer und caritativer Tätigkeit.

Ausbildungszeit 2 Jahre. Beginn Oktober 1921.

Prospekt 60 Pfg. — Nähere Auskunft durch das Sekretariat München, Theresienstraße 25, I., Nr. 1.

Fachmännische Auskunftserteilung

Otto Bergmann, Bankgeschäft

Dresden

im Herzfeldhaus (Eingang Schössergasse 2)

Telegr.-Adresse: Bergbank. — Kassostunden 9-1 Uhr

Fernruf 10686 — Postcheck-Konto: Dresden 18299

Wertpapiere — Ausländische Zahlungsmittel

— Börsenaufträge —

Fachmännische Auskunftserteilung

Suche zum 1. Juli tüchtige, branchekund., junge Leute für Reise und Kontor.

Nebenwerker wollen Kenntnisse und Gehaltsansprüche befähigen.

Hermann Mundt, Gera (Reuß),
Siegarn • Großhandlung,
Strumpfwaren • Fabrikation, OG

Gebildete berufstätige Dame mit 7jährigem Sohnchen

sucht Unterkunft
in einer sozial Familie bzw. bei
einer einzelnen Dame. Angebote mit
„O. J. 831“ an die Geschäfts-
stelle d. V. erbeten. [1219]

Herrenstoffe Kostümstoffe Mantelstoffe Sportstoffe Futterstoffe

Billard-, Pult-, Wagen-, Uni-
formstoffe, Manchester-cards,

Altartuche
empfiehlt [462]

Hermann Pöschel
Tuchläger
Dresden-A., Scheffelstraße 19
Gegründet 1888

Juwelier Carl Fröhlicher Dresden-A. Hilf-Johann-Straße 6

Empfohlen:

Rot-, Weiß- und Bowlen-

Weine, diverse Beeren- und

Obst-Weine, sowie abgelagerte Zigarren und

Zigaretten. Frisch eingetroffen: Echte russische u. türkische Zigaretten.

Wels- und Zigarren-Handlung,

zu Dresden, Eusebstraße 56.

KUPFER
NEUEN

REICH

REICH